

28.11.2013
Café Corbaci (MQ)



PRESSEKONFERENZ

BÜNDNIS FÜR MEHR POLITISCHE BILDUNG

Hintergrund:

2007 wurde das Wahlalter in Österreich auf 16 Jahre gesenkt. Dies stellte einen wichtigen Schritt für mehr Mitbestimmung junger Menschen dar. Jedoch hinken wir bei der Politischen Bildung immer noch hinterher. Derzeit gibt es Politische Bildung weder als eigenes Schulfach noch als eigenes Lehramtsstudium.

Eine breite Initiative setzt sich für den Ausbau der Politischen Bildung in Österreich ein. Stellvertretend präsentieren die Initiatoren Bundesjugendvertretung, die Österreichische HochschülerInnenschaft und die Bundesschülervertretung das Bündnis für mehr Politische Bildung und dessen Forderungen an die künftige Regierung.

Am Podium:

Johanna Tradinik (Vorsitzende Bundesjugendvertretung)

Angi Groß (Bundesschulsprecherin)

Florian Kraushofer (ÖH Vorsitzteam)

Rückfragehinweis:

Mag.^a Nicole Pesendorfer

Bundesjugendvertretung

Tel.: + 43 1 214 44 99 - 15

Mobil: + 43 676 880 11 – 1048

nicole.pesendorfer@jugendvertretung.at

www.jugendvertretung.at

POLITISCHE BILDUNG IN DER SCHULE



Derzeit gibt es für Politische Bildung an 14 verschiedenen Schultypen, sechs verschiedene Schulfächer, in fünf verschiedenen Schulstufen.

STUNDENPLAN				
Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
GSK +PB		GPB		PB+Wiku
ZG +PB		PB + Recht		G + PB

Das heißt: es gibt keine Einheitlichkeit und kein eigenes Unterrichtsfach im Bereich Politische Bildung. Ein Ausbau der Politischen Bildung ist notwendig, damit alle jungen Menschen in ihren Rechten gestärkt werden und sie diese auch anwenden können.

Angi Groß, Bundesschulsprecherin:

Man hört oft, Jugendliche seien politikverdrossen und sie interessieren nicht, was „da oben“ passiert. Ich bin auch der Meinung, Jugendliche sind nicht politikverdrossen, sondern viele sind einfach zu wenig informiert! Laut einer Umfrage der Bundesschülervertretung waren die Informationen in der Schule vor der Nationalratswahl für mehr als die Hälfte der befragten Schülerinnen und Schüler (1200) nicht ausreichend!

Wir wollen mündige Jugendliche, die nicht nach dem Motto „wer nichts weiß, muss alles glauben“ anfällig für Populismus sind. Nur so kann eine echte Demokratie funktionieren. **Deswegen brauchen wir ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung**, damit Schülerinnen und Schüler über das demokratische System, die Zusammenhänge zwischen Politik Wirtschaft und Gesellschaft und tagespolitische Themen Bescheid wissen. Jeder sollte seine Rechten und Pflichten als Staatsbürger kennen und fähig sein, Inhalte kritisch zu reflektieren.

Und mit dieser Forderung stehen wir nicht alleine da: Mehr als 80 % der befragten Schülerinnen und Schüler (1200) halten ein eigenes Unterrichtsfach für sinnvoll!

Jugendliche wollen mitbestimmen und mehr Informationen bekommen, deswegen politische Bildung – jetzt!

POLITISCHE BILDUNG IM LEHRAMTSSTUDIUM



Florian Kraushofer, ÖH Vorsitzteam:

Forderung nach einem eigenen Lehramtsstudium „Politische Bildung“

Aktuell ist das Fach "Politische Bildung" im Lehramtsstudium GSKPB (Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung) integriert. Hierbei sind im gesamten Studium nur zwei Lehrveranstaltungen zum Thema verpflichtend:

- VO Politische Bildung I: Strukturen und Funktionen des Politischen Systems und des Rechtssystems 3 ECTS (1.Abschnitt)
- KU Politische Bildung II: Konfliktstrategien und Konfliktmanagement 4 ECTS (2.Abschnitt)

Für uns ist hierbei eine Wertigkeit der Thematik im Studium erkennbar. Für Studierende ist es unzumutbar, nach dieser mickrigen Ausbildung „Politische Bildung entsprechend zu unterrichten. Die Einführung des Schulfaches „Politische Bildung“ muss mit der Einführung des Studienfaches einhergehen.

Daher fordern wir ein eigenes Lehramtsstudium „Politische Bildung“ und eine entsprechende Ausbildung der zukünftigen Pädagog_innen!

Forderung nach politikdidaktischen Lehrveranstaltungen in allen Lehramtsfächern!

Zurzeit gibt es einen Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“. Lehrkräfte aller Fächer sind demnach verpflichtet politische Bildung in ihrem Unterricht zu integrieren. Im Erlass selbst steht festgeschrieben:

„Diese Art der Unterrichtsführung und des Erziehens stellt hohe Ansprüche an das fachliche und pädagogische Können und an die Einsatzfreude des Lehrers sowie an seine Fähigkeit, auf den Schüler in partnerschaftlicher Weise einzugehen. (...) Die Beachtung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bedeutet somit eine anspruchsvolle Herausforderung an alle Fähigkeiten des Lehrers, sie stellt aber ebenso an den Schuler hohe Ansprüche.“¹

Es ist schwierig für angehende Pädagog_innen sich ausreichend dafür zu qualifizieren, wenn im Studium selbst keine entsprechenden Lehrveranstaltungen angeboten werden. Lehrkräfte müssen im Studium auf ihre Aufgabenbereiche vorbereitet werden.

Deshalb fordern wir politikdidaktische Lehrveranstaltungen in allen Lehramtsfächern!

¹ BMUKK: „Politische Bildung an den Schulen. Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip“, 2013: S.2.

POLITISCHE BILDUNG IST VIELFÄLTIG



Johanna Tradinik, Bundesjugendvertretung:

Demokratie braucht junge Menschen, die die Gesellschaft mitgestalten wollen. Dafür benötigen sie aber auch ein grundlegendes Rüstzeug.

Einerseits ist Information wichtig, um zum Beispiel Wahlentscheidungen treffen zu können. Politische Bildung ist aber mehr als ein Auswendiglernen von Fakten: Es geht darum, die eigenen Rechte zu kennen und dafür eintreten zu können, aber auch Kompetenzen zur kritischen Mediennutzung zu erlangen.

Es ist notwendig, einen Rahmen und Qualitätsstandards zu schaffen, um den Stellenwert Politischer Bildung zu erhöhen. Der Zugang zu Politischer Bildung muss für alle jungen Menschen sichergestellt werden!

Politische Bildung geht aber nicht nur die Schule an: Kinder- und Jugendorganisationen leisten hier ebenfalls einen wichtigen Beitrag. Idealerweise geht die Vermittlung von politischen Kompetenzen Hand in Hand mit der Entwicklung sozialer Kompetenzen und gerade das findet in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit täglich statt.

Kinder- und Jugendorganisationen bieten einen Raum ohne Leistungsdruck, in dem gelernt wird, mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Herausforderungen umzugehen. In Jugendgruppen wird Demokratie „geübt“. Man lernt, Teil der Gesellschaft zu sein.

Sowohl Kinder- und Jugendorganisationen als auch die offene Jugendarbeit und Jugendzentren sind erprobt in vielfältigen Methoden, junge Menschen in ihren Rechten zu stärken. Auf dieses wertvolle Wissen kann und soll auch im Schulbereich zurückgegriffen werden:

- Politische Bildung braucht offene Türen! Gerade auf dem Themengebiet der Politischen Bildung braucht es mehr Kooperation zwischen schulischem und außerschulischem Bereich.
- Politische Bildung braucht Innovation! Durch Erhöhung der freien Fördertöpfe für Projekte zur Politischen Bildung können zusätzliche Anreize geschaffen werden, sich in Kinder- und Jugendorganisationen noch mehr mit dem Thema auseinanderzusetzen.
- Nicht zuletzt braucht es eine Förderanpassung: Seit Jahren wurden die Förderungen im Jugendbereich nicht an die Inflation angepasst, was für die Organisationen einen realen Wertverlust von 25 % bedeutet. Es braucht daher dringend eine Förderungsanpassung, um die wertvolle Arbeit der Kinder- und Jugendorganisationen zu stärken.

Die Bundesjugendvertretung setzt sich in ihrer Initiative [bildung.macht.politik](http://bildungmachtpolitik.at) (www.bildungmachtpolitik.at) für den umfassenden Ausbau der Politischen Bildung in Österreich ein. Dies ist auch eine zentrale Forderung an die künftige Bundesregierung. Das heute präsentierte Bündnis zeigt die breite Unterstützung für dieses Anliegen auf!

BÜNDISFORDERUNGEN



Politische Bildung für alle!

Einführung eines eigenen Unterrichtsfachs Politische Bildung in allen Schulformen.

Unterrichtsprinzip: Da geht noch mehr!

Qualitätsoffensive für das Unterrichtsprinzip Politische Bildung.

Stärkung der Schulpartnerschaft!

Wesentliche Entscheidungen im Schulalltag müssen im partnerschaftlichen Dialog aller Beteiligten beschlossen werden.

Weiterbildungskonzept Politische Bildung!

Hochwertige Politische Bildung braucht hochwertige Angebote für PädagogInnen.

Politische Bildung rein in die Lehramtsstudien!

Politikdidaktische Lehrveranstaltungen müssen in der Ausbildung aller LehrerInnen verpflichtend sein.

Keine Schulbücher ohne Politische Bildung!

Bei der Überarbeitung von Schulbüchern muss das Unterrichtsprinzip Politische Bildung berücksichtigt und entsprechende Inhalte eingearbeitet werden.

Politische Bildung geht nicht nur die Schule an!

Kinder- und Jugendorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und Mitbestimmung. Eine Förderanpassung ist schon längst überfällig.

Politische Bildung braucht Innovation!

Erhöhung der freien Fördertöpfe der Kinder- und Jugendarbeit für Projekte im Bereich Politische Bildung.

Politische Bildung braucht offene Türen!

Stärkere Einbeziehung der außerschulischen Jugendarbeit in den schulischen Alltag.

BÜNDNISPARTNER:INNEN

Bundesjugendvertretung
Bundesschülervertretung
Österreichische HochschülerInnenschaft
Sozialistische Jugend Österreich
Mittelschüler-Kartell-Verband
Schülerunion
Kinder- und Jugendanwaltschaft Vorarlberg
Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien
SOS-Kinderdorf
Refresh Politics
Akademisches Forum für Außenpolitik
Landesjugendreferat Salzburg
Österreichische Gewerkschaftsjugend
Landjugend Österreich
Muslimische Jugend Österreich
aha - Tipps und Infos für junge Leute
Österreichische Trachtenjugend
Evangelische Jugend Österreich
Österreichischer Pfadfinderbund
Landesjugendbeirat Steiermark
Österreichische Kinderfreunde
Junge Grüne
Österreichisches Jugendrotkreuz
ÖJAB - Österreichische Jungarbeiterbewegung
koje - Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung
Wiener Landesjugendbeirat
Aktion kritischer Schüler_innen
UNICEF Österreich
Katholische Jungschar Österreich
Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs
Kinderbüro
Netzwerk Kinderrechte
Junge ÖVP Österreich
Katholische Jugend Österreich

